

Insolvenzen in Europa, Jahr 2003/04

Konjunktur in Europa hoffnungsvoll – Insolvenzen aber weiter steigend

In 2003 meldeten 157.138 Unternehmen in Westeuropa Insolvenz an. Das sind knapp 6.000 Firmen oder 3,9 Prozent mehr als noch in 2002. Damit hat sich die Zunahme der Insolvenzen verlangsamt: Waren in 2002 noch 10,7 Prozent mehr Insolvenzen als 2001 zu verzeichnen, ging die Steigerungsrate um 6,8 Prozentpunkte zurück. Die Steigerungsrate Deutschlands liegt über der des EU-Durchschnitts: In Deutschland mussten in 2003 39.700 Unternehmen den Gang zum Insolvenzgericht antreten; das waren 5,5 Prozent mehr als 2002.

Die Arbeitslosenquote der EU lag in 2003 bei 8,4 Prozent. 1,7 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, weil der Arbeitgeber Insolvenz anmelden musste. Das entspricht im Jahresverlauf einem Zuwachs um 100.000 betroffene Arbeitnehmer oder einem Anstieg von 6,3 Prozent.

Portugal hat höchsten Zuwachs

Den größten Zuwachs an Unternehmensinsolvenzen meldet Portugal: Um 42,4 Prozent auf insgesamt 2.980 betroffene Firmen stieg die Zahl binnen Jahresfrist. Platz zwei des „Negativ-Ranking“ belegt Norwegen. Um 18,3 Prozent auf 3.080 Insolvenzen stiegen hier die Unternehmenspleiten. Norwegens Wirtschaft erholte sich nach langer Rezession erst zum dritten Quartal 2003. Auch die Schweiz verzeichnete einen Insolvenzanstieg im zweistelligen Bereich: 13,4 Prozent mehr Konkurse als noch in 2002 und insgesamt 4.539 Unternehmensheimgänge hatte das Land zu verkraften.

Irland verzeichnet den stärksten Rückgang

Am anderen Ende der Skala steht Irland: Die grüne Insel konnte ihre Unternehmensinsolvenzen um 16,6 auf 316 Fälle reduzieren. Auch Spanien und Großbritannien weisen einen deutlichen Rückgang der Unternehmenskonkurse auf: In Großbritannien reduzierte sich die Zahl der Unternehmenskonkurse um 8,3 Prozent auf 15.667 Fälle (Vorjahr: 17.094 Unternehmensinsolvenzen). In Spanien traten 84 Unternehmen weniger den Gang zum Insolvenzgericht an als noch in 2002, was in Anbetracht der geringen absoluten Insolvenzzahl in Spanien (2003: 545 Unternehmenskonkurse) einem Rückgang von 13,4 Prozent entspricht.

Die Zahl der Gesamtinsolvenzen (also Unternehmenskonkurse plus Konkurse von Privatpersonen sofern vorhanden und statistisch erfassbar) in Westeuropa steigt um 10,3 Prozent auf insgesamt 269.762 Fälle.

Verantwortlich für diesen Zuwachs sind insbesondere die Insolvenzzahlen in Deutschland und Großbritannien. In Deutschland stiegen die Gesamtinsolvenzen um 18,3 Prozent auf 99.800 Fälle, in Großbritannien um 5,4 Prozent auf 53.640.

Relative Insolvenzbetroffenheit: Deutschland im Mittelfeld

Bei Betrachtung der relativen Insolvenzbetroffenheit (Insolvenzfälle pro 10.000 existierender Unternehmen) belegt Spanien den Spitzenplatz: Lediglich zwei von 10.000 Betrieben sind 2003 pleite gegangen. In Griechenland waren es sechs und in Irland 33. Am meisten Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen verzeichnet Luxemburg mit 321 Betrieben gefolgt von Schweden mit 299 Unternehmenskonkursen. Deutschland liegt mit 136 Pleiten bei 10.000 Unternehmen im Mittelfeld der Aufstellung.

Das Zahlungsverhalten in Westeuropa hat sich nicht wesentlich verbessert, trotz den Bemühungen der Europäischen Union, die die „Zahlungsverzugsrichtlinie“ im August 2000 verabschiedete. Noch nicht alle Länder haben die Richtlinie inzwischen umgesetzt, aber auch die Unternehmen in den Ländern, die die Vorgaben in geltendes Recht verwandelten, haben mit schleppenden Zahlungseingängen zu kämpfen. Am längsten warten Betriebe in Italien auf ihr Geld: Insgesamt 85 Tage dauert es, bis die Forderungssumme auf dem Empfängerkonto eingegangen ist. Am schnellsten geht es in der Schweiz. Hier begleichen Betriebe nach 38 Tagen ihre Rechnung.

Finanzierung: Lieferantenkredite, Banken, Leasing und Factoring

KMU in Westeuropa finanzieren sich hauptsächlich über Bankkredite und Lieferantenkredite. Insbesondere in Dänemark, Irland, Italien, Schweden und dem Vereinigten Königreich nehmen Lieferantenkredite einen höheren Stellenwert ein als Bankkredite, obwohl sie sehr teuer sind. Leasing wird besonders von Unternehmen in Spanien, Frankreich, Portugal, Luxemburg und den Niederlanden verwendet. Factoring als alternative Finanzierungsform gewinnt in der gesamten EU-Zone kontinuierlich an Bedeutung. Insbesondere Betriebe in Spanien und Griechenland machen davon vermehrt Gebrauch.

Das Dienstleistungsgewerbe trägt den Löwenanteil am Insolvenzgeschehen in Westeuropa: 42,9 Prozent aller Insolvenzanträge (Vorjahr 40,6 Prozent) kommen aus dieser Sparte. Lediglich 11,2 Prozent (Vorjahr: 12,4 Prozent) am Insolvenzaufkommen trägt das Verarbeitende Gewerbe. In den einzelnen Ländern sind die Verteilungen der Insolvenzen auf die einzelnen Branchen jedoch sehr unterschiedlich. In Norwegen liegt der Anteil des Baugewerbes bei gerade einmal 10,9 Prozent, in Deutschland, Frankreich und Großbritannien dagegen bei über 20 Prozent. In Dänemark kommen 42,5 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen aus dem Handel, in Großbritannien sind es dagegen nur 19,1 Prozent.

In Deutschland hat sich der Zuwachs bei den Unternehmensinsolvenzen abgeschwächt. Lag die Steigerungsrate in 2002 noch bei 16,1 Prozent, sind es in 2003 nur noch 5,5 Prozent. Getragen wird der Anstieg bei den Unternehmensinsolvenzen von den Betrieben in Westdeutschland:

29.700 Unternehmen aus den alten Bundesländern mussten 2003 den Gang zum Insolvenzgericht antreten – 11,9 Prozent mehr als in 2002. In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung hingegen rückläufig: 10.000 Unternehmen meldeten Konkurs an; 9,7 Prozent weniger als letztes Jahr. Die Zahl der drohenden Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen betrug in 2003 613.000. Das sind 23.000 mehr Betroffene als noch in 2002.

Insolvenzen der osteuropäischen Beitrittsländer steigen an

Zum ersten mal untersuchte Creditreform auch die Insolvenzsituation in den Beitrittsländern der europäischen Union. Zwar existiert in den meisten osteuropäischen Ländern noch kein funktionierendes Insolvenzrecht mit entsprechenden Gerichten und der Praxiserfahrung, dennoch ist auch hier ein Trend zu verzeichnen: Binnen Jahresfrist nahmen die Insolvenzen in den sieben untersuchten Ländern Polen, Tschechien, Litauen, Ungarn, Slowakei, Lettland und Slowenien um 3,0 Prozent zu. Gab es in 2002 20.851 Unternehmenszusammenbrüche, liegt die Zahl für 2003 bei 21.478 Fällen. Rückgänge verzeichnen die Länder Litauen (minus 26,2 Prozent) und Polen (minus 13,1 Prozent). Zugenommen haben die Zahlen insbesondere in Ungarn (plus 23,7 Prozent) und Slowenien (plus 10,4 Prozent). Bei der relativen Insolvenzbetroffenheit (Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen) zeigen sich auch in Osteuropa starke Unterschiede: So gehen in Slowenien 243 Unternehmen in Konkurs, während es in Polen nur drei sind.

Japan mit rückläufigen Insolvenzen

In Japan ist eine Rückgang der Insolvenzen von 13,4 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt meldeten 16.855 Unternehmen Insolvenz an, im Vorjahr lag die Zahl noch bei 19.458. In 2002 stiegen die Unternehmenszusammenbrüche noch um 4,7 Prozent an. Doch die Erholung der Wirtschaft in Japan in 2003 zeigt bereits Auswirkungen.

In den USA ist die Situation zweigeteilt: Die Unternehmensinsolvenzen sind rückläufig, die Anzahl der Privatpersonen, die sich entschulden möchten steigt hingegen an. Lediglich 35.454 Unternehmen meldeten 2003 Konkurs, ein Rückgang von 8,0 Prozent und eine absolute Zahl, die unter der von Deutschland (39.700) liegt. Hingegen liegt die Zahl der Privatinsolvenzen exorbitant hoch und bei über 1,6 Millionen Fällen.

7.572 Zeichen

Neuss, 03. Februar 2004